

Sitzungsperiode 2020-2021
Sitzung des Ausschusses IV vom 21. April 2021

FRAGESTUNDE*

- **Frage Nr. 622 von Herrn GROMMES (ProDG) an Minister ANTONIADIS zur Diplomanerkennung im Pflegesektor**

In einem Interview mit der Tageszeitung GE hat der Interimsdirektor der Klinik Sankt Josef in St. Vith, Ludwig Bastiaansen, kürzlich den Personalmangel im Pflegesektor beklagt. Dabei zeigte er einige Perspektiven auf, die zu einer Lösung des Problems beitragen könnten. Unter anderem bittet er die Regierung der DG um Unterstützung bei der Anerkennung von ausländischen Diplomen. Ich zitiere: „die DG muss ihre Position nutzen, um die Dinge anders zu gestalten als der Föderalstaat. Dadurch könnte sie andere Vorteile und Angebote erwirken. Die Diplome eines deutschen Krankenpflegers oder Arztes sind in Belgien nicht sofort anerkannt. Minister Antonios Antoniadis könnte Unterstützung leisten, damit die Personen schneller eingesetzt werden können.“

Meine Frage:

- Können Sie die Anerkennung von ausländischen Diplomen tatsächlich beschleunigen, um etwaige Wartelisten bei der Anerkennung von Diplomen in St.Vith abzubauen und den Einsatz von qualifiziertem Personal in unseren Kliniken zu beschleunigen?
- Wie viele Anfragen gab es bisher in dieser Richtung?

- **Frage Nr. 623 von Frau STIEL (VIVANT) an Minister ANTONIADIS zu Impfdosen des Herstellers Astrazeneca**

Anfang April haben die Niederlande die Impfung mit dem Präparat des Herstellers Astrazeneca vorläufig auf Personen ab 60 Jahre eingeschränkt. Laut ostbelgiendirekt habe es dort fünf Thrombose-Fälle bei Frauen zwischen 25 und 65 Jahren nach der Impfung gegeben.¹

In Deutschland wird der Astrazeneca-Impfstoff seit Ende März hauptsächlich für Menschen, die das 60. Lebensjahr vollendet haben, verwendet. Jüngere können sich nach einer Risikoanalyse durch ihren Arzt noch immer für diesen Impfstoff entscheiden.² Der Grund dafür sind 31 Fälle von Hirnvenenthrombosen nach der Impfung mit Astrazeneca.³

* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

¹ 2021-04-03-OD-Niederlande stoppen Impfungen mit Astrazeneca.pdf - <https://ostbelgiendirekt.be/niederlande-astrazeneca-281051#>

² Bundesgesundheitsministerium Deutschland: Fragen und Antworten zur Impfung mit AstraZeneca.pdf - https://www.bundesgesundheitsministerium.de/coronavirus/faq-covid-19-impfung/faq-impfungastrazeneca.html?fbclid=IwAR2kEnVm2f_yOEO_fmVX37v_3HB6gimxpCAO038bT_IXI2bXh0RSVizEHi4

³ 2021-04-08-GE-Belgien_ Astrazeneca nur noch ab 56 Jahre und älter.pdf - https://zeitung.grenzecho.net/#GrenzEcho/web,2021-04-08,ALLE|GE_TAGESZEITUNG,2021-04-08,ALLE,1|4

In Belgien wurde am 07.04.2021 schließlich auch entschieden, den Astrazeneca-Impfstoff nur bei Menschen ab 56 Jahren zu verimpfen - vorläufig für die kommenden 4 Wochen. Dann werde die Entscheidung neu bewertet.⁴

Nun fiel die Entscheidung der föderalen Gesundheitsminister, auch in unserem Land die Impfungen mit Astrazeneca einzuschränken, obwohl von der EMA (Europäische Arzneimittelbehörde) weiterhin grünes Licht gegeben wird.

In unseren Augen missachtet Belgien weiterhin das Vorsorgeprinzip, ansonsten hätte man die Impfungen mit Astrazeneca, genau wie in Dänemark und Norwegen ganz ausgesetzt. Fakt ist, dass die Impfnebenwirkungen der neuen Corona-Impfstoffe noch immer nicht ausreichend untersucht sind und Langzeitstudien fehlen, wie von der Vivant-Fraktion immer wieder vorgebracht.

Daher lautet unsere Appell an die Bürgerinnen und Bürger, genau hinzuschauen und sich bewusst zu machen, dass jeder einzelne selbst entscheiden kann, ob er geimpft werden möchte oder nicht.

Laut dem Grenzecho vom 9.4.21 prüft die EU-Arzneimittelbehörde(EMA) nun auch Fälle von Trombosen nach einer Coronaimpfung mit dem Vakzin des Herstellers Johnson&Johnson. Vier ernsthafte Fälle von Blutgerinnseln seien nach einer Impfung mit dieser Impfung aufgetreten.

Im Rahmen Ihrer Befugnisse für die Gesundheitsprävention haben wir also folgende Fragen an Sie:

- *Wie bewerten Sie die nach anfänglicher Euphorie seitens der Regierung diese schweren Nebenwirkungen in Bezug auf diese beiden Impfstoffe?*
- *Hat es Zwischenfälle bzgl. ernsthafte Impfnebenwirkungen in der DG gegeben, bei Astrazeneca oder anderen Impfstoffen?*
- *Wie viele Menschen haben den Impftermin abgesagt, als Ihnen mitgeteilt wurde, dass sie mit Astrazeneca geimpft werden sollen?*

• **Frage Nr. 624 von Frau STIEL (VIVANT) an Minister ANTONIADIS zur einmaligen Impfdosis für Personen mit vormaliger Covid-19-Erkrankung**

Die belgische Tageszeitung "Le Soir" berichtete am 15. Februar, dass das die "Haute Autorité de santé", Frankreichs Pendant zum belgischen Hohen Gesundheitsrat, empfiehlt, dass Menschen, die bereits an Covid-19 erkrankt waren, lediglich eine Impfdosis erhalten sollten. Diese Impfung sollte frühestens drei und bestenfalls sechs Monate nach der Infektion verabreicht werden. Es heißt, dass auch der Hohe Gesundheitsrat unseres Landes diese Empfehlung genauer analysieren wolle.⁵

Dieser Hinweis beruht auf drei Studien, die in den USA und Italien durchgeführt wurden und die zeigen, dass die Immunantwort bei Patienten mit einer Corona-Vorgeschichte weitaus stärker sei, als bei Menschen ohne Vorerkrankung nach der zweiten Dosis.

Darüber hinaus sind bei den meisten Geimpften die Nebenwirkungen nach Verabreichung der zweiten Dosis viel ausgeprägter als nach der ersten Impfung.⁶

⁴ Ebd.

⁵ **LE SOIR:** Le vrai ou faux_ une seule dose de vaccin suffit-elle aux personnes qui ont eu le covid - <https://www.lesoir.be/355336/article/2021-02-15/vrai-ou-faux-une-seule-dose-de-vaccin-suffit-elle-auxpersonnes-qui-ont-eu-le>

⁶ **ÄRZTE:** Zweite Impfung mit mehr Nebenwirkungen - kein Ausfall an Kliniken - <https://www.pnp.de/nachrichten/bayern/Zweite-Impfung-mit-mehr-Nebenwirkungen-kein-Ausfall-an-Kliniken-3910379.html>

Laut dem WDR vom 10.3.21 konnten neue Studien zeigen, dass es nach einer durchgestandenen Corona-Infektion, anders als vermutet (3-6 Monate), doch auch nach längerer Zeit eine gewisse Immunität nach überstandener Corona-Infektion gibt. Das Forscherteam der Uni-Freiburg konnte bei Corona-Patienten T- Gedächtniszellen nachweisen, die dann bei einer erneuten Infektion innerhalb von zwei bis drei Tagen eine Immunantwort hervorruft.⁷

So würde eine Reinfektion viel harmloser verlaufen und es wäre denkbar, dass man von dem erneuten Kontakt mit dem Virus nicht einmal etwas mitbekommt.

Wie bekannt, hegt die Vivant-Fraktion große Skepsis gegen die neuartigen Impfstoffe, da diese genmanipuliertes Material enthalten, das bisher in der Medizin nie zugelassen wurde.

In Ihrer Funktion als Gesundheitsminister, der für die Prävention zuständig ist, haben wir hierzu folgenden Fragen an Sie:

- *Liegen Ihnen Informationen oder Ergebnisse des Hohen Gesundheitsrats zu den angestrebten oben angeführten Untersuchungen vor?*
- *Wie stehen Sie zu der Aussage des Forscherteams der Uni Freiburg, dass bei Corona-Patienten T-Gedächtniszellen nachgewiesen wurden, die eine Impfung somit überflüssig machen würde?*
- *Wird vor einer Impfung für Menschen mit einer Corona-Vorgeschichte ein Antigen Test vorgenommen um deren Immunstatus zu ermitteln?*

• **Frage Nr. 625 von Frau STIEL (VIVANT) an Minister ANTONIADIS zum Buch „Corona-Häschen“**

Der BRF berichtete am 01.04.2021,⁸ dass In der Woche vor Ostern wurde das Kinderbüchlein "Die Corona-Häschen 2" in den Kindergärten, Arztpraxen und anderen Einrichtungen der Kleinkindbetreuung in der DG verteilt. Es sei eine Auflage von 2.000 Exemplaren gedruckt worden. Das Buch soll "auf kindgerechte Weise" die Corona-Krise mit den dazugehörigen Regeln erklären und Kindern Mut machen, "jeder Situation so gut wie möglich entgegen zu treten."

Von alledem konnten wir in dem Buch allerdings nur wenig finden. Anfangs kommen die Häschen aus einer fünfwöchigen (!) Quarantäne, aber man erfährt nicht, warum diese stattgefunden hat (normalerweise ist die Quarantäne 14 Tage). Als die Häschen nach Kontakt mit dem infizierten Opa in Quarantäne müssen (14 Tage), wird dies vom Häschen hinterfragt, aber jegliche Diskussion wird von der Mutter mit den Worten "so sind nun mal die Vorschriften" im Keim erstickt.

Zusammenfassend würden wir also sagen, das Buch erzeugt grundsätzlich Angst und Verunsicherung. Es vermittelt den Kindern, sie sollen Vorschriften befolgen, deren Sinn sie selbst nicht verstehen und von denen sie nicht wissen, woher sie kommen, die sie aber nicht hinterfragen dürfen.

Bedenklich ist auch die Tatsache, dass das Tragen einer Maske als neue Realität dargestellt wird. Die physischen und psychischen Probleme, die das Tragen der Maske mit sich bringen, werden komplett außen vor gelassen. Die Anreicherung mit Kohlendioxid hinter der Maske ist besorgniserregend bzgl. der Sauerstoffversorgung des Gehirns und des gesamten Körpers der Kinder. Kinder nehmen andere Menschen mit Maske anders wahr; besonders die non-verbale Kommunikation, die Emotionen und die Empathie bleiben auf der Strecke.

⁷ **WDR** - Coronavirus - <https://www1.wdr.de/nachrichten/themen/coronavirus/immun-corona-100.html>

⁸ 2021-04-01-BRF-Buchprojekt_ Corona-Häschen erklären Kindern die Corona-Krise.pdf - <https://brf.be/kultur/buch/1472772/>

Im Rahmen Ihrer Zuständigkeiten für Gesundheit und -prävention habe ich folgende Fragen an Sie:

- *Ist dieses Buch Ihrer Meinung nach für kleine Kinder wirklich so gut geeignet, wie es sich selbst darstellt (siehe Artikel im BRF)?*
- *Bitte erläutern Sie, welchen Mehrwert dieses Buch der Zielgruppe, also den Kleinkindern, bietet.*
- *Wie viel Geld hat die DG-Regierung insgesamt für die Bücher "Corona-Häschen 2" ausgegeben? Bitte beziehen Sie Kosten für die Änderung des Textes, den Druck etc. mit ein.*

• **Frage Nr. 626 von Frau VOSS-WERDING (ECOLO) an Minister ANTONIADIS zur Online-Information für und -Kommunikation mit Jugend**

Die Notwendigkeit und die Dringlichkeit, ganz besonderen Fokus auf die Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in dieser Krise zu richten, ist mehrmals in diesem Haus diskutiert worden. Der RdJ hatte vor fast einem Jahr in seiner Stellungnahme zum Einfluss der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie auf die Jugendlichen in der DG⁹ drei konkrete Forderungen an die Jugendministerin Weykmans gestellt und den Zugang der jungen Menschen zur psychologischen und psychiatrischen Online-Betreuung von Jugendlichen hervorgehoben.

Zitat: "Wir fordern, dass die Regierung in eine vergrößerte Online-Information, Online-Kommunikation und psychologische wie psychiatrische Online-Betreuung von Jugendlichen investiert und sich kurzfristig Lösungen überlegen soll."

Zur jugendspezifischen Kommunikation und dem Aspekt der Jugendarbeit hatten wir dazu im Februar Frau Weykmans befragt, die auf eine durch das Jugendbüro ins Leben gerufene Discord-Plattform zur Kontaktaufnahme verwies.

Darüber hinaus steht die Frage der psychologischen und psychiatrischen Online-Betreuung im Raum, die vor dem Hintergrund von Umfragen mit erschreckenden Ergebnissen zur mentalen Gesundheit von Jugendlichen unbedingte Aufmerksamkeit verlangt. "Über dieses Instrument könnte", so der RdJ zu dieser Online-Betreuung, "ein Erstkontakt durch Jugendliche anonym und online gefördert, eine erste Analyse der Situation ermöglicht sowie eine erste Beratung sichergestellt [werden], bevor die Jugendlichen an die entsprechenden Organisationen weitergeleitet werden."

In Anbetracht der Tatsache, dass der RdJ in dieser Thematik zurecht nach kurzfristigen Lösungen gefragt hat, dass diese Stellungnahme nun bereits fast ein Jahr zurückliegt und vor allem in Betracht dessen, dass es inzwischen klare Belege dafür gibt, dass die Krise einen erheblichen Einfluss auf die mentale Gesundheit der Menschen hat, möchte ich Ihnen als Gesundheitsminister folgende Frage stellen:

- *Welche Lösungen im Bereich der psychologischen Online-Betreuung für Jugendliche gibt es inzwischen?*

• **Frage Nr. 627 von Frau VOSS-WERDING (ECOLO) an Minister ANTONIADIS zu den Wartezeiten für psychosoziale Behandlung**

Der Bericht von Kaleido über die psychosozialen Folgen der Corona-Krise für Kinder und Jugendliche ist in vielerlei Hinsicht eindeutig. Zwei Punkte zeigen die Schwächen, die unser Gesundheitssystem unweigerlich hat, auf: Erstens fehlen in der DG und insbesondere in

⁹ *Der Einfluss der föderalen Maßnahmen im Rahmen von Covid-19 auf Jugendliche der Deutschsprachigen Gemeinschaft - Rat der deutschsprachigen Jugend - [031-2020/dj/RDJ VoG](#)*

der Eifel Therapeuten für Kinder und Jugendliche und zweitens hat die aktuelle Situation hieran gekoppelt als Konsequenz, dass die ohnehin bereits langen Wartelisten der Zentren noch länger werden.

Nach unserer Lektüre dieses Berichts von Kaleido Ostbelgien, möchten wir Ihnen folgende Fragen stellen:

- *Ist mögliches neues Personal überhaupt eine Lösung?*
- *Wo werden kreative, innovative Ideen geschmiedet, um diesem Fachkräftemangel entgegenzuwirken?*
- *Wie kommt man da, politisch gesehen, zum Ziel der Aufrechterhaltung der mentalen Gesundheit der Bevölkerung?*

• **Frage Nr. 628 von Frau KEVER (SP) an Minister ANTONIADIS zu den Sorgen mancher Bürger bezüglich einer versteckten Impfpflicht**

Einige Menschen machen sich Sorgen über eine „versteckte“ Impfpflicht „durch die Hintertüre“, in Form von positiven Diskriminierungen von Geimpften, die früherer mehr Freiheiten bekommen könnten oder – im Gegensatz zu Nicht-Geimpften – z. Bsp. Auslandsreisen antreten dürften. Ebenfalls befürchten manche Bürger eine Zwei-Klassen-Gesellschaft in der Geimpfte früher das Recht wiedererlangen ins Kino oder auf Veranstaltungen zu dürfen, von Hygieneregeln freigestellt zu werden oder in der Nicht-Geimpfte um ihren Job bangen müssen, weil der Arbeitgeber die Impfung zwingend verlangen könnte.

Solche Aussagen begegnen mir immer wieder in den sozialen Netzwerken ich werde auch immer häufiger in persönlichen Gesprächen mit Ängsten dieser Art konfrontiert...

Es scheint zu diesem Thema einige Gerüchte und Mutmaßungen zu geben, die wohl auch durch verschiedene Umstände angeheizt werden. Einmal sind da Meldungen aus anderen Ländern anzuführen, wo dies teilweise praktiziert wird – so. z. Bsp. in Israel, wo der „Grüne Impfpass“ den Zugang zu Kulturveranstaltungen eröffnet, während dieser für Nicht-Geimpfte verwehrt bleibt. Oder auch Äußerungen des deutschen Gesundheitsministers, der offen darüber nachdenkt geimpften Bürgern Sonderrechte einzuräumen. Und auch der Umstand, dass die EU den „Digitalen Grünen Nachweis“ – also den EU-Corona-Impfausweis – vorbereitet und noch in diesem Jahr einführen möchte, trägt zu der aktuellen Verunsicherung bei.

Bei zahlreichen Gelegenheiten haben Sie, Herr Minister, immer wieder betont, dass dies in unserem Land und, spezifisch, in Ostbelgien, nicht der Fall ist, dass Vor-, bzw. Nachteile an den Impfstatus einer Person gekoppelt sind. Sie haben immer wieder unterstrichen, dass die Impfentscheidung eine freie ist und seitens des Gesetzgebers auch bleiben wird. Ebenfalls haben Sie stetig wiederholt, dass eine positive Diskriminierung von Personen, die sich für die Corona-Impfung entschieden haben, gegenüber Personen, die sich dagegen entschieden haben, nicht Sinn der Sache und auch nicht legal ist. Dieser Umstand ist auch rechtlich abgesichert und in Zusammenarbeitsabkommen explizit festgehalten.

Meine Fragen dazu an Sie, Herr Minister, sind folgende:

- *Inwieweit sichert die aktuelle Gesetzeslage in (Ost-)Belgien die Gleichbehandlung von geimpften und nicht-geimpften Personen gegenüber eventueller Diskriminierungen – auch durch Dritte (wie z.Bsp. Veranstalter, Arbeitgeber, etc.) – effizient ab?*
- *Bedarf es noch weiterer rechtlicher Verankerungen um eine „Impfpflicht durch die Hintertüre“ gänzlich und mit absoluter Sicherheit auszuschließen?*
- *Was können Sie den Menschen zur Beruhigung und zur Ausräumung solcher Annahmen sagen?*

- **Frage Nr. 629 von Frau SCHOLZEN (ProDG) an Minister ANTONIADIS zur Erfassung von im Ausland geimpften Bewohnern der Deutschsprachigen Gemeinschaft**

Die Erfassung der Impfquote spielt bei den Maßnahmen zur Bekämpfung und Eindämmung des Virus eine wichtige Rolle, wie zuletzt die am 14. April vom Konzertierungsausschuss in Aussicht gestellten Lockerungen gezeigt haben.

Die Impfquote ist sicherlich ein wichtiger Indikator dafür, wie weit wir uns bei der Bekämpfung der Pandemie befinden.

Angesichts der Tatsache, dass wir uns in einer Grenzregion befinden, und ein nicht zu vernachlässigender Anteil der Bevölkerung der Deutschsprachigen Gemeinschaft im benachbarten Ausland arbeitet, und die Priorisierung im Ausland anders aussehen kann als hierzulande, kommt es sicherlich auch dazu, dass ein Teil dieser Gruppe im Ausland ein Impfangebot bekommen wird, oder bereits bekommen und wahrgenommen hat.

Meine Fragen diesbezüglich lauten:

- *Werden diesbezüglich Daten mit den benachbarten Ländern ausgetauscht?*
- *Wie hoch ist der Anteil der Bevölkerung, der bereits im Ausland geimpft wurde?*

- **Frage Nr. 630 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zum föderalen Heizölfonds**

Kommt es zu finanziellen Notlagen, können Bürger unter gewissen Bedingungen den föderalen Heizölfonds nutzen.

Dieser föderale Heizölfonds war auch punktuell Thema in Aussprachen unseres Parlaments¹⁰, da nicht zuletzt die Armutsbekämpfung zu unseren Aufgaben zählt.

Daher meine Fragen:

- *Wie entwickelt sich die Zahl derer, die auf den föderalen Heizölfonds in der Deutschsprachigen Gemeinschaft angewiesen sind?*
- *Beabsichtigt die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vor dem Hintergrund der Corona-Krise in diesem Bereich aktiv zu werden?*

- **Frage Nr. 631 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zu Notrufgeräten für Senioren**

Im Rahmen der Plenarsitzung vom 7. Dezember 2020 stellte ich der Regierung die Frage nach der Haftung von Notrufgeräten für Senioren.¹¹

Hausnotrufanlagen ermöglichen, dass sich Personen in Notlagen bemerkbar machen. Die Systeme eignen sich etwa für alleinlebende Senioren, Menschen mit einer Pflegebedürftigkeit oder Personen mit einer körperlichen Einschränkung. Insbesondere in Zeiten von Corona, wo weniger Besuch gestattet ist, ist das Hilfsmittel noch wichtiger.

Aber gerade in der Corona-Zeit ist es wichtiger denn je, sich auf ein System auch auf technischer Ebene verlassen zu können!

¹⁰

http://www.pdg.be/PortalData/34/Resources/dokumente/ausschuesse/ausschuss_iv/2017.01.11_AIV_Inte rpellationen.pdf (hier Frage von Frau L. Klinkenberg zur Armutssituation in der Deutschsprachigen Gemeinschaft; am 11. Januar 2017) und <https://www.grenzecho.net/art/zz/hier-und-heute/unklar-wie-viele-in-der-dg-heizoelfonds-nutzen> (Frage von Frau R. Stoffels zum föderalen Heizölfonds; am 8.11.2004)

¹¹ Vgl. Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft: Bulletin der Fragen und Antworten, Nr. 15 (31.12.2020); S. 118f

Vor diesem Hintergrund richtete ich im vergangenen Dezember die Frage an die Regierung, wie es um die Haftung dieser Geräte stünde. Der Minister war zum damaligen Zeitpunkt überfragt und erklärte, dass er sich dazu genauer informieren müsse.

Daher meine Fragen:

- *Welches ist das Ergebnis ihrer inzwischen eingezogenen Erkundigungen, und wer übernimmt die Haftung dieser Notrufgeräte für Senioren?*

• **Frage Nr. 632 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zur Obdachlosigkeit in Ostbelgien**

Im Rahmen einer von mir gestellten schriftlichen Frage zur Obdachlosigkeit in Ostbelgien erklärte der Minister, dass zum damaligen Zeitpunkt es keine Obdachlosen in Ostbelgien gebe.¹²

Unterdessen wies uns die „Arbeitsgemeinschaft für Suchtvorbeugung und Lebensbewältigung“ (ASL) im Rahmen einer parlamentarischen Anhörung¹³ darauf hin, dass es sehr wohl vorkomme, dass Obdachlose in Ostbelgien angetroffen würden, die dann nach Aachen gebracht würden, um ihnen dort weiterzuhelfen.

Hierzu meine Fragen:

- *Wie hat sich die Situation ausgehend von Ihrer damaligen Antwort inzwischen entwickelt?*

• **Frage Nr. 633 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zu medizinischer Hilfe bei Mukoviszidose**

Den Gerüchten um die Schließung der Abteilung für Mukoviszidose am Lütticher CHC Krankenhaus „MontLégia“ folgte eine Übergangslösung, nach der eine definitive Entscheidung erst am dem 1. Juli zu erwarten ist.

Sollte es zur befürchteten Schließung kommen, werden sich die Patienten künftig in einem anderen Krankenhaus, etwa im CHR de la Citadelle behandeln lassen müssen.

Hierzu meine Fragen:

- *Inwiefern ist es denkbar, dass Patienten aus Ostbelgien im Rahmen der Mukoviszidose Behandlung/Therapie künftig problemlos Angebote in Deutschland (etwa in Aachen) nutzen können?*

- *Wie wirkt sich die Schließung dieser Abteilung auf das CHC-Netzwerk aus, dem ebenfalls die Krankenhäuser in der Deutschsprachigen Gemeinschaft angehören?*

- *Hat sich hierzu die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft positioniert?*

• **Frage Nr. 634 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zur medizinischen Versorgung von Personen ohne legale Aufenthaltserlaubnis**

Es dürfte schwierig sein, eine genaue Anzahl der in Belgien illegal lebenden Personen zu benennen.

Dennoch wurde die Zahl 2018 mit 17.235 Personen beziffert.

Diese Personen haben Anrecht auf eine dringende medizinische Hilfe, deren Zugang ihnen durch die ÖSHZ ermöglicht wird.

¹² Vgl. Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft: Bulletin der Interpellationen und Fragen, Nr. 5 (5.3.2020), S. 52ff

¹³ PDG - Ausschuss IV, 31. März 2021

Hierzu meine Fragen:

- *Gibt es in der Deutschsprachigen Gemeinschaft sog. „illegal“ aufhaltende Personen? Wie hoch liegt die Zahl?*
- *Wird ihnen ein Angebot zur Corona-Impfung unterbreitet?*

• **Frage Nr. 635 von Frau VOSS-WERDING (ECOLO) an Minister ANTONIADIS zur Kompetenzübertragung BUB**

Im Januar haben wir Ihnen eine Frage zu den Schwierigkeiten bei den Mietbeihilfen in der DG gestellt, im Februar gab es ebenfalls Unklarheiten, diesmal in Sachen Zwangsräumungen. Jetzt tauchen Probleme im Bereich der Beihilfen zur Unterstützung von Betagten (BUB) auf. In den drei Fällen geht es um Verschiebung von Zuständigkeiten zwischen Gliedstaaten.

Die Zuständigkeit für BUB ist mit der letzten Staatsreform an die DG übertragen worden und seitdem wird sie im Auftrag der DG vom Föderalstaat ausgeführt.

In Anbetracht der Tatsache, dass die Sozialassistenten der Gemeinden nicht mehr wissen, wo sie die Anträge einreichen sollen, da es Meinungsverschiedenheiten in der Kompetenzausführung gibt, möchte ich Ihnen folgende Fragen stellen:

- *Wer - Föderalstaat, Wallonische Region oder die DG - ist im Bereich der Beihilfen zur Unterstützung von Betagten zuständig?*
- *Wie ist die Prozedur für Betroffene in der DG, was die Ausführung dieser Kompetenz angeht?*
- *Wo müssen die Anträge eingereicht werden?*

• **Frage Nr. 636 von Herrn NELLES (CSP) an Minister ANTONIADIS zu kostenlosen PCR-Tests in der Eifel**

Besonders hohe Inzidenzzahlen führen dazu, dass in den Eifalgemeinden Amel, Burg-Reuland und St. Vith von Dienstag 20. bis Donnerstag 22. April kostenlose PCR-Test angeboten werden.

Unverständlich ist, dass diese Tests nicht auch in den unmittelbaren Nachbargemeinden Büllingen und Bütgenbach angeboten werden.

Hierzu meine Frage:

- *Welche Gründe führt die DG-Regierung an, dass in den Gemeinden Büllingen und Bütgenbach diese Corona Schnelltests nicht durchgeführt werden?*